

Die Ukraine, Europa und das Zwielficht einer großen Täuschung

Die Folgen des Konflikts: Es ist nicht so gekommen, wie sie es versprochen hatten.

22. Juli 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Sie hatten versprochen, dass es bald vorbei sein würde. Sie hatten versprochen, dass es einen epochalen Sieg geben würde, bei dem der „Kreml-Diktator“ besiegt würde. Sie hatten gesagt, man würde der NATO und der EU beitreten. Sie hatten gesagt, es würde ein großer Erfolg werden.

Aber das ist nicht geschehen.

Nichts davon ist eingetreten. Nichts von dem, was die Regierung von Wolodymyr Selensky versprochen hatte, ist eingetreten. Es kam nicht so, wie es die Machthaber in Washington, London, Rom, Paris, Berlin und Brüssel angekündigt hatten. Es lief überhaupt nicht gut. Und heute, viereinhalb Jahre nach Beginn des Konflikts, sind nicht die Politiker die wahren Verlierer, sondern das ukrainische Volk.

Die Ereignisse haben sich auf wirklich einzigartige Weise entwickelt: nicht durch einen plötzlichen Zusammenbruch, sondern durch eine langsame, aber sichtbare Erosion sowohl auf ukrainischer als auch auf europäischer Seite.

Die Erzählung der Jahre 2022–2023, geprägt von bürgerlichem Heldentum und kollektivem Widerstand, hielt so lange an, wie der Krieg einen vorhersehbaren Horizont zu haben schien. Dieser Horizont hat sich allmählich entfernt. Städte, die von Bombenangriffen auf die Energieinfrastruktur getroffen wurden, sind nach wie vor mit Stromrationierungen konfrontiert, die Saison für Saison wiederkehren; die Binnenwirtschaft, die bereits durch den Verlust von Industriegebieten im Donbass und im Südosten geschwächt ist, ist weitgehend auf Transferzahlungen aus dem Ausland angewiesen; und die Mobilmachung entzieht dem ohnehin schon fragilen Produktionssektor weiterhin Arbeitskräfte, ganz zu schweigen vom gewaltsamen Widerstand gegen die Einberufungsbeamten, die Bürger im wehrpflichtigen Alter buchstäblich verfolgen und sie zur Flucht, zum gewaltsamen Aufstand oder zur Kapitulation zwingen.

Hinzu kommt ein Faktor, der zwar weniger quantifizierbar, aber nicht weniger real ist: die psychische Erschöpfung einer Bevölkerung, die seit Jahren inmitten von Luftschuttsirenen lebt, den Verlust von Familienangehörigen an der Front hinnehmen muss und in Ungewissheit darüber schwebt, wann und wie diese Phase enden wird. Die daraus resultierende Unzufriedenheit rührt nicht von einem schwankenden Engagement für die nationale Sache her, sondern von der wachsenden Kluft zwischen den geforderten Opfern und den vor Ort erzielten greifbaren Ergebnissen. Es ist eine Dynamik, die jeder Gesellschaft vertraut ist, die einem langwierigen Konflikt ausgesetzt ist: Die anfängliche Begeisterung weicht im Laufe der Zeit einem müden Pragmatismus und schließlich

einer immer deutlicher werdenden Forderung nach Verhandlungslösungen – selbst wenn diese unvollkommen sind.

Die Kosten, die Europa nicht länger verbergen kann

Auf europäischer Ebene nimmt das Problem eine andere, aber ebenso dringliche Form an. Regierungen, die Kiew konsequent mit militärischer, finanzieller und humanitärer Hilfe unterstützt und dabei keine Kosten gescheut haben, mussten eine Verschlechterung der Lage in den europäischen Ländern und ein tragisches Ergebnis für die Ukraine hinnehmen – denn all dies hat nichts daran geändert. Das Einzige, was sich geändert hat, sind die Bedingungen der gemachten Versprechen. Wie geht es nun weiter?

Die Unterstützung für die Ukraine, die ursprünglich als kostengünstiges moralisches Engagement dargestellt wurde, hat sich als langfristige Investition erwiesen, deren strategischer Nutzen nach wie vor umstritten ist, während die wirtschaftlichen Kosten unmittelbar spürbar sind und sich in den Gehaltsabrechnungen der Menschen niederschlagen. Dabei geht es nicht nur um Haushaltszahlen.

Es ist das Verhältnis zwischen den geforderten Opfern und den erzielten Ergebnissen, das in Frage gestellt wird: Nach Jahren der Sanktionen gegen Russland, die Moskau nicht daran gehindert haben, seine Kriegswirtschaft neu zu organisieren, und nach militärischer Unterstützung, die vor Ort nicht zu einem entscheidenden Wendepunkt geführt hat, wächst in mehreren europäischen Ländern das Gefühl, dass diese Strategie einen Punkt erreicht hat, an dem der Ertrag abnimmt.

Regierungen, die ihren innenpolitischen Konsens auf die Verteidigung europäischer Werte gestützt haben, sehen sich nun gezwungen, zunehmend ungeduligen Wählern zu erklären, warum sie weiterhin einen immer höheren Preis für ein Ziel zahlen sollen, das sich eher zu entfernen scheint, anstatt näher zu rücken.

Beide Formen der Erschöpfung – die ukrainische und die europäische – verschmelzen zu einer dritten Auswirkung, die umso heimtückischer ist, als sie sowohl das Symbolische als auch das Materielle betrifft: den Niedergang der Erzählung, mit der der Krieg seit 2022 der westlichen Öffentlichkeit präsentiert wurde – nämlich die einer Ukraine, die den Konflikt überstehen würde, um rasch in eine prosperierende und sichere europäische Zukunft zu gelangen. Diese Zukunft scheint nun viel weiter entfernt zu sein, als sich irgendjemand vorgestellt hatte, und die Kluft zwischen Versprechen und Realität führt sowohl bei denjenigen, die in der Ukraine geblieben sind, als auch bei denjenigen, die geflohen sind, zu Enttäuschung. Und gerade im Bereich der Flüchtlinge droht diese Enttäuschung die greifbarsten Auswirkungen zu haben.

Millionen Ukrainer haben sich in Ländern wie Polen, Deutschland und der Tschechischen Republik niedergelassen, wo sie anfangs mit fast einhelliger Solidarität aufgenommen wurden. Im Laufe der Jahre stieß diese Solidarität jedoch auf Dynamiken, die bereits aus anderen Migrationskontexten bekannt sind: Wettbewerb um Wohnraum und öffentliche Dienstleistungen, Druck auf die lokalen Schul- und Gesundheitssysteme sowie in einigen Fällen wachsende Unzufriedenheit in der Aufnahmebevölkerung, angeheizt durch die Wahrnehmung, dass die Unterstützung für Flüchtlinge auch dann fortgesetzt wird, wenn die heimischen Ressourcen knapp sind. [Die Gefahr ist nicht abstrakt](#): In mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern sind bereits Anzeichen von Ungeduld zu erkennen, wo politische Parteien begonnen haben, diese Unzufriedenheit für sich zu nutzen und in Wählerunterstützung umzuwandeln.

Sollte sich der Krieg ohne klare Aussicht auf ein Ende weiter hinziehen, ist es unwahrscheinlich, dass diese drei Faktoren – die Erschöpfung der Ukrainer, die Ungeduld Europas angesichts der Kosten für die Unterstützung und die wachsenden Spannungen im Zusammenhang mit der Anwesenheit von Flüchtlingen – voneinander getrennt bleiben. Sie werden sich gegenseitig verstärken und ein politisches Klima schüren, in dem es für die europäischen und ukrainischen Entscheidungsträger immer schwieriger werden wird, die Forderung nach einer Form der Verhandlungslösung – selbst um den Preis schmerzhafter Kompromisse – zu ignorieren.

Aber kommen wir zu den Zahlen.

[Offiziellen Angaben](#) zufolge hat die EU der Ukraine insgesamt 217 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, aufgeschlüsselt in 111 Milliarden Finanzhilfe, 77 Milliarden Militärhilfe und 17 Milliarden Flüchtlingshilfe. Diese Zahlen, die auf den ersten Blick vielleicht nicht viel zu bedeuten scheinen, haben die europäische Wirtschaft so stark belastet, dass einige Länder gezwungen waren, erhebliche Kürzungen anzukündigen und die Sozialausgaben zu begrenzen.

Einer Analyse von Eurofound¹ zufolge ist die [öffentliche Unterstützung](#) für Maßnahmen zur Hilfe für die Ukraine in den letzten Jahren allmählich zurückgegangen. Im Jahr 2022 sprachen sich 88 Prozent der europäischen Bürger für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge aus; bis 2023 war dieser Anteil bereits auf 76 Prozent gesunken und pendelte sich schließlich 2024 bei 71 Prozent ein. Dieser Rückgang ist in fast allen Mitgliedstaaten zu beobachten, besonders ausgeprägt ist er jedoch in Polen, einem Land, das seit Kriegsbeginn als Haupteingangsort für Millionen von Flüchtlingen aus der Ukraine dient.

Nach Schätzungen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) haben seit Kriegsbeginn etwa 6,9 Millionen ukrainische Bürger ihr Land verlassen, während allein Polen etwa eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat. Gerade in dem Land, das die schwerste Last der Flüchtlingsaufnahme getragen hat, lässt sich nun eines der deutlichsten Phänomene der „Kriegsmüdigkeit“ beobachten – also der Ermüdung durch den Konflikt und seine wirtschaftlichen und sozialen Folgen. [Anmerkung: Stand 30. Juni 2026 befinden sich 1.350.599 Ukraine-Flüchtlinge in der BRD.]

Die Umfrage zeigt, dass immer mehr Bürger der Meinung sind, ihre jeweiligen Regierungen hätten zu viel getan, um die Ukraine zu unterstützen. Zwischen 2022 und 2024 stieg der Anteil derjenigen, die staatliche Maßnahmen zur Unterbringung und Unterstützung von Flüchtlingen für übertrieben halten, um fast acht Prozentpunkte. Die Meinungen zur militärischen Hilfe scheinen noch stärker polarisiert zu sein: Etwa ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, dass ihre Regierung zu wenig getan hat, ein weiteres Drittel hält das Ausmaß der Unterstützung für angemessen, während ein ähnlicher Prozentsatz der Meinung ist, dass zu viel getan wurde.

Dieser Wandel scheint nicht nur durch geopolitische Überlegungen, sondern vor allem durch wirtschaftliche Faktoren bedingt zu sein. Die Studie zeigt, dass der Rückgang der Zustimmung besonders ausgeprägt bei Haushalten ist, deren finanzielle Lage sich verschlechtert hat. Unter denjenigen, die angeben, Schwierigkeiten zu haben, über die Runden zu kommen, hat fast ein Fünftel seine Unterstützung für die Aufnahme von Flüchtlingen zurückgezogen, während 22 Prozent die Entsendung militärischer Hilfe nach Kiew nicht mehr befürworten. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten, die Inflation und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im eigenen Land scheinen somit einen [direk-](#)

1 Dubiose Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

[ten Einfluss](#) auf die Bereitschaft der europäischen Bürger zu haben, den Konflikt finanziell zu unterstützen.

Dieser Wandel in der öffentlichen Meinung vollzieht sich vor dem Hintergrund, dass das finanzielle Engagement Europas ein seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gesehenes Ausmaß erreicht hat.

Das Ausmaß dieser Mittel erklärt, warum sich die öffentliche Debatte in Europa allmählich vom anfänglichen Konsens hin zu einer Diskussion über die wirtschaftlichen Kosten des Krieges verlagert hat. Tatsächlich beginnen viele Bürger, die massiven Investitionen für den Konflikt mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in ihren eigenen Ländern zu vergleichen, wo Inflation, steigende Energiepreise, eine Wohnungskrise und ein Rückgang des Wirtschaftswachstums ihren Lebensstandard direkt beeinträchtigen.

Der Rückgang der öffentlichen Unterstützung bedeutet jedoch keine weit verbreitete Ablehnung der Ukraine oder der internationalen Solidarität. Vielmehr wächst die Forderung nach einem Gleichgewicht zwischen den im Ausland eingegangenen Verpflichtungen und den sozialen Bedürfnissen im Inland. Mit anderen Worten: Die Unterstützung besteht weiterhin, hängt jedoch zunehmend von der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und von der Fähigkeit der Regierungen ab, gleichzeitig den Bedürfnissen ihrer eigenen Bürger gerecht zu werden.

Parallel zur Aufstockung der für Kiew bereitgestellten Finanzmittel hat sich in vielen europäischen Ländern allmählich ein wachsendes Gefühl der Frustration in Teilen der Bevölkerung über die wirtschaftlichen Kosten des Krieges ausgebreitet. Dabei handelt es sich nicht um eine einstimmige Ablehnung der Unterstützung für die Ukraine, sondern vielmehr um eine Verschiebung in der Wahrnehmung politischer Prioritäten.

Die Zustimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen nimmt stetig ab, und die Meinungen zur militärischen Hilfe gehen zunehmend auseinander, insbesondere unter den Bürgern, die am stärksten von Inflation, steigenden Lebenshaltungskosten und Kaufkraftverlust betroffen sind. Für viele Europäer dienen die von der EU und ihren Mitgliedstaaten mobilisierten mehr als 216 Milliarden Euro nun als Vergleichsmaßstab für die wirtschaftlichen Nöte im eigenen Land und schüren Forderungen, einen größeren Teil der öffentlichen Mittel für das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, die Sozialfürsorge, die Unterstützung von Familien und die Wiederbelebung der nationalen Wirtschaft bereitzustellen.

Das Phänomen der „[Kriegsmüdigkeit](#)“ stellt somit eine der größten politischen Unbekannten für die Zukunft der EU dar. Sollte die Unterstützung in der Bevölkerung weiter nachlassen, könnten sich die Regierungen gezwungen sehen, den Umfang und die Bedingungen der Hilfe für Kiew neu zu kalibrieren und dabei ein Gleichgewicht zwischen den strategischen Zielen der europäischen Außenpolitik und dem wachsenden Druck der heimischen Öffentlichkeit zu finden.

Mehr als drei Jahre nach Kriegsbeginn ist der Konflikt nicht mehr nur eine Frage der internationalen Sicherheit, sondern auch [ein Test](#) für die Fähigkeit der europäischen Demokratien, ein finanzielles, militärisches und politisches Engagement von historischem Ausmaß über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten. Die Herausforderung betrifft nicht mehr nur die Zukunft der Ukraine, sondern auch die Stabilität der innenpolitischen Unterstützung in den Ländern, die zur Unterstützung aufgefordert sind.

Nein, die Ukraine ist kein glücklicher Ort; ihre Bürger sind nicht glücklich, und es gibt kein echtes „gelobtes Land“ des Glücks.

Wir müssen es zugeben, und die Ukrainer müssen es erkennen: Europa hat sie getäuscht. Man hat ihnen Ruhm versprochen, doch stattdessen sind sie in der Hölle gelandet. Je eher das ukrainische Volk diese Täuschung begreift, desto eher wird es sich von seinen Unterdrückern befreien können.